

## CETA: nachbessern!

Der DGB fordert beim kanadisch-europäischen Freihandelsabkommen weiterhin Nachbesserungen – insbesondere rechtsverbindliche Vereinbarungen beim Investorenschutz, der öffentlichen Daseinsvorsorge und den Arbeitnehmerrechten.



Am 17. September folgten bundesweit 320 000 TeilnehmerInnen dem Aufruf des DGB und seiner Bündnispartner und demonstrierten „Für einen gerechten Welthandel!“ – wie hier Berlin.

Im Oktober wird es ernst: Am 27. des Monats soll CETA auf dem EU-Kanada-Gipfel grünes Licht bekommen. Der DGB und die Gewerkschaften lehnen das Abkommen in der vorliegenden Form weiterhin ab. Zwar gab es – als Reaktion auf den öffentlichen Druck – wichtige Verbesserungen, doch es gibt noch große Baustellen.

Ein Erfolg ist, dass die intransparenten, privaten Schiedsstellen vom Tisch sind. Stattdessen soll ein öffentlich-rechtlicher Investitionsgerichtshof eingerichtet werden. Der DGB fordert weiterhin, den Investitionsschutz darauf zu beschränken, dass ausländische Investoren nicht diskriminiert werden. Dann wären auch Klagen gegen sinnvolle Regulierungen nicht möglich, kanadische Investoren wären gegenüber europäischen, die in der EU nicht klageberechtigt wären, nicht bessergestellt. Zudem sollte noch mehr für die Unabhängigkeit der RichterInnen getan werden.

Auch an weiteren Punkten bestehen DGB und Gewerkschaften auf verbindlichen Vereinbarungen: Bestehende und künftige Dienstleistungen der öffentlichen Daseinsvorsorge müssen vom gesamten Abkommen ausgenommen sein – insbesondere auch vom Investitionsschutz. Auch muss es weiter möglich sein, öffentliche

Aufträge nur an Unternehmen zu vergeben, die sich an Tarifverträge und bestimmte Sozial- und Umweltstandards halten.

In den EU-Verträgen ist das Vorsorgeprinzip verankert. Produkte und Waren werden nur zugelassen, wenn ihre Unbedenklichkeit nachgewiesen ist. Die Anerkennung des Vorsorgeprinzips muss auch in CETA abgesichert sein, fordert der DGB. Klar ist: Es darf nicht nur öffentliche Absichtserklärungen geben, sondern bis zur endgültigen Ratifizierung muss rechtsverbindlich nachgebessert werden.

Der öffentliche Druck darf jetzt nicht nachlassen. Der DGB-Vorsitzende Reiner Hoffmann stellt klar: „Wir setzen uns für rechtsverbindliche Klarstellungen ein.“ In der vorliegenden Form sei das Abkommen nicht zustimmungsfähig. Hoffmann bewertet es positiv, dass die SPD wesentliche Forderungen der Gewerkschaften zum geplanten Freihandelsabkommen CETA aufgenommen hat.

„An diesem Punkt muss auch die EU-Kommission zeigen, dass sie bereit zu substantiellen Verbesserungen ist“, so Hoffmann. Auf dem EU-Kanada-Gipfel müssten diese Punkte rechtsverbindlich festgeschrieben werden.

[www.dgb.de/-/hfQ](http://www.dgb.de/-/hfQ)

### DGB-Rentenkampagne

einblick zeigt die Ziele der bundesweiten DGB-Rentenkampagne „Kurswechsel: Die gesetzliche Rente stärken!“

SEITE 3

### Freihandelsabkommen

Freihandel nutzt vor allem den Starken. Das zeigen die Wirtschaftspartnerschaftsabkommen der EU mit afrikanischen Staaten.

SEITE 5

### Zukunft der Gewerkschaften

Der Politikwissenschaftler Herfried Münkler analysiert, wie Gewerkschaften im Wettstreit um Aufmerksamkeit punkten können.

SEITE 7

### EMNID-UMFRAGE

#### Mehr Macht



Quelle: TNS Emnid 2016



### EINBLICK IM INTERNET

Aktuelle News gibt es auf der überarbeiteten *einblick*-Internetseite:

[www.dgb.de/einblick](http://www.dgb.de/einblick)

 **E-MAIL-NEWSLETTER**  
Anmeldung unter:  
[www.dgb.de/einblicknewsletter](http://www.dgb.de/einblicknewsletter)

# LANDTAGSWAHLEN: SO HABEN GEWERKSCHAFTSMITGLIEDER GEWÄHLT

## Mecklenburg-Vorpommern

Stimmenanteile bei der Landtagswahl in Mecklenburg-Vorpommern vom 4. September 2016 (in Prozent)

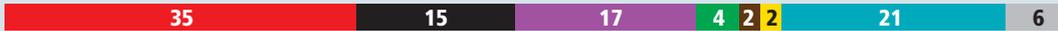
■ SPD ■ CDU ■ Linke ■ Grüne ■ NPD ■ FDP ■ AfD ■ Andere

### Alle WählerInnen:



Quelle: Vorläufiges amtliches Endergebnis der Landtagswahl 2016 / Landeswahlleiterin Mecklenburg-Vorpommern

### Gewerkschaftsmitglieder\*:



\*Alle Arbeitnehmerorganisationen (neben DGB-Gewerkschaften auch z.B. Beamtenbund), Eigenangabe der Befragten, Werte gerundet  
Quelle: Wahltagebefragung der Forschungsgruppe Wahlen, Mannheim

## Berlin

Stimmenanteile bei der Wahl zum Berliner Abgeordnetenhaus vom 18. September 2016 (in Prozent)

■ SPD ■ CDU ■ Linke ■ Grüne ■ AfD ■ FDP ■ Andere

### Alle WählerInnen:



Quelle: Vorläufiges amtliches Endergebnis der Abgeordnetenhauswahl 2016 / Landeswahlleiterin Berlin

### Gewerkschaftsmitglieder\*:



\*Alle Arbeitnehmerorganisationen (neben DGB-Gewerkschaften auch z. B. Beamtenbund), Eigenangabe der Befragten, Werte gerundet  
Quelle: Wahltagebefragung der Forschungsgruppe Wahlen, Mannheim

Seit September sitzt die AfD in zehn Landtagen. Knapp 21 Prozent der WählerInnen gaben in Mecklenburg-Vorpommern den Rechtspopulisten ihre Stimme, ebenso viele GewerkschafterInnen wählten die AfD. Stärkste Partei bleibt – auch unter den Gewerkschaftsmitgliedern – die SPD. Stimmten aber 2011 noch 40 Prozent von ihnen für die SPD, waren es 2016 nur noch 35 Prozent. Ähnlich sieht es bei der Berliner Abgeordnetenhauswahl aus. 15 Prozent der Gewerkschaftsmitglieder wählten die AfD (alle WählerInnen: 14,2 %). Die SPD bleibt auf Platz 1. Ein strahlender Sieger ist sie mit einem Stimmenanteil von 24 Prozent auch in dieser Wählergruppe nicht. Gegenüber 2011 verlor sie sieben Prozentpunkte.

Mehr Grafiken zu den Wahlen:

[www.dgb.de/-/h5a](http://www.dgb.de/-/h5a)



## TELEGRAMM

**Der Kompromiss zur Reform der Erbschaftssteuer** ist aus Sicht des DGB „enttäuschend“. Der Vermittlungsausschuss habe sich lediglich auf einige Präzisierungen geeinigt, um die wildesten Auswüchse an Steuergestaltung zu vermeiden, kritisiert DGB-Vorstandsmitglied Stefan Körzell. Damit entwickelten sich die Einnahmen aus der Erbschaftsteuer auch weiterhin unterdurchschnittlich.

**Ihren Umgang mit Umwelt und Gesellschaft** sollen künftig gerade einmal 300 der rund 11 000 großen Unternehmen in Deutschland offenlegen. Gemeinsam mit zahlreichen Verbänden kritisiert der DGB den Gesetzentwurf zur Transparenzpflicht der Unternehmen in Sachen Nachhaltigkeit, mit dem die Bundesregierung die entsprechende EU-Richtlinie umsetzen will.

[www.dgb.de](http://www.dgb.de)

**Eine wettbewerbsfähige und innovative Industrie** sei ein wesentlicher Erfolgsfaktor für das Erreichen der Klimaschutzziele, betont das Bündnis „Zukunft der Industrie“. Notwendig sei ein ausgewogener Instrumenten-Mix, um wirtschaftliche Entwicklung, Sozialverträglichkeit und Klimaschutz zusammenzubringen. DGB, IG Metall, IG BCE, IG BAU und NGG sind Mitglied im Bündnis.

[www.dgb.de/-/h5z](http://www.dgb.de/-/h5z)



## MÜTTER BESSER SCHÜTZEN

Der DGB begrüßt die geplante Novellierung des Mutterschutzrechts in weiten Teilen. Allerdings müssten die Regelungen zur Nachtarbeit aus Sicht des DGB noch korrigiert werden. Bei der öffentlichen Anhörung im Bundestag am 19. September machte Anja Weusthoff, Leiterin der Abteilung Frauen-, Gleichstellungs- und Familienpolitik beim DGB-Bundesvorstand, deutlich, dass es auf die richtige Balance zwischen gleichberechtigter Teilhabe und dem Schutz von Schwangeren und Müttern ankommt. Im Gesetzentwurf ist vorgesehen, dass werdende Mütter in der Zeit von 20 bis 22 Uhr arbeiten dürfen, wenn sie ausdrücklich zustimmen. Die DGB-Expertin wies darauf hin, dass abhängig Beschäftigte sich unter Umständen nicht frei entscheiden können. Ausnahmen vom Nachtarbeitsverbot sollten aus Sicht des DGB ausschließlich nach einer unabhängigen Gefährdungsbeurteilung, bei der die Frau angehört wird, gestattet sein. Weusthoff sprach sich auch dafür aus, psychische Belastungen im Gesetzestext gleichberechtigt mit technisch-physikalischen Belastungen zu berücksichtigen.

[www.dgb.de/-/h5H](http://www.dgb.de/-/h5H)



## ARMUTSFESTE HARTZ-IV-SÄTZE

Der DGB hat einen Gesetzentwurf zur Neumittlung der Hartz-IV-Regelbedarfe kritisiert, der Mitte September im Kabinett diskutiert wurde. „Schon wieder werden statistische Rechenricks angewendet, um das soziokulturelle Existenzminimum zu bestimmen. Mit dieser fiskalpolitisch motivierten Kleinrechnung von Hartz IV muss Schluss sein“, fordert DGB-Vorstandsmitglied Annelie Buntenbach. Der DGB spricht sich dafür aus, eine unabhängige Sachverständigenkommission einzusetzen, die dem Gesetzgeber Vorschläge unterbreitet, wie die Regelsätze bemessen werden sollen. Zudem sollen die statistischen Ergebnisse im Sinne eines „Bedarfs-TÜVs“ durch die Kommission geprüft werden. Nach dem vorliegenden Gesetzentwurf sollen die Werte – mit Ausnahme des Regelbedarfs für Kinder im Alter von sechs bis dreizehn Jahren – nur geringfügig steigen, der Bedarf von Vorschulkindern soll sogar stagnieren. Die „Nullrunde“ bei den Vorschulkindern führe aufgrund von Kaufkraftverlusten zu einer Schlechterstellung, die keinesfalls akzeptabel sei, so Buntenbach.

[www.dgb.de/-/hPy](http://www.dgb.de/-/hPy)

# Rente muss für ein gutes Leben reichen

Der DGB hat seine bundesweite Rentenkampagne „Kurswechsel: Die gesetzliche Rente stärken!“ gestartet. Ziel ist es, das Thema mit Blick auf die Bundestagswahl 2017 voranzutreiben. Einblick zeigt, was die Parteien zur gesetzlichen Rente diskutieren.

## Die Situation

Anfang der 2000er Jahre hat die Politik beschlossen, den Beitragssatz zur Rentenversicherung niedrig zu halten. Seitdem sinkt das Rentenniveau. RentnerInnen erhalten verglichen mit den Durchschnittseinkommen immer weniger Rente. Vor den Reformen im Jahr 2000 lag das Rentenniveau bei rund 53 Prozent, heute bekommen RentnerInnen noch 47,9 Prozent, im Jahr 2030 werden es voraussichtlich nur noch 44 Prozent sein. Für den DGB steht fest: Im Mittelpunkt der Rentenpolitik muss wieder eine verlässliche Leistung stehen. Der DGB-Vorsitzende Reiner Hoffmann fordert: „Jetzt muss damit begonnen werden, die aktuell gute Situation der Rentenversicherung und die Rücklage zu nutzen, um Spielräume zu gewinnen.“

## Das fordert der DGB

Der DGB fordert als ersten Schritt, das Rentenniveau zu stabilisieren. Ziel ist es, dass die Rente wieder den Löhnen folgt. Langfristig soll das Rentenniveau deutlich erhöht werden. Der Beitragssatz soll maßvoll, in kleinen Schritten, auf 22 Prozent angehoben werden. Eine gut finanzierte gesetzliche Rente ist aus Sicht des DGB verlässlicher und sicherer als jede private Vorsorge. Denn 15 Jahre nach der letzten Rentenreform zeigt sich, dass die „Riester-Rente“ die Lücken, die die Politik bewusst in die gesetzliche Rente gerissen hat, nicht schließen kann. Unter dem Motto „Kurswechsel: Die gesetzliche Rente stärken!“ will der DGB die gesetzliche Rente zum Thema im Bundestagswahlkampf machen. Im Herbst will Bundesarbeitsministerin Andrea Nahles ein Rentenkonzept vorlegen.

## Was fordern die Parteien?

**Der CDU-Bundesfachausschuss Arbeit und Soziales** hat Anforderungen an eine Reform der Alterssicherung vorgelegt. Zentrale Aussage des Papiers: „Wer ein Leben lang gearbeitet, durchschnittlich verdient und in die Gesetzliche Rentenversicherung eingezahlt hat, wird im Alter Rentenleistungen aus ihr erhalten, die sicher über dem Grundsicherungsniveau liegen.“ Die Zusage eines Mindestrentenniveaus soll über 2030 hinaus verlängert werden. Unter anderem schlägt der Ausschuss vor, betriebliche und private Altersvorsorge zu verbessern.



Seit 2000 ist das Rentenniveau um etwa zehn Prozent gesunken. Nach Berechnungen der Bundesregierung wird es bis 2030 um weitere acht Prozent fallen.

**Die SPD** hat im Juni einen Dialogprozess gestartet, um das Wahlkampfprogramm 2017 zu erarbeiten. Erste Ergebnisse – auch zum Thema Rente – sollen im Herbst vorgestellt werden. Bereits im April hatte sich der SPD-Vorsitzende Sigmar Gabriel für eine „gerechte Anpassung der Rentenformel“ ausgesprochen. Das Niveau der gesetzlichen Rente dürfe nicht weiter sinken, sondern müsse auf dem jetzigen Niveau stabilisiert werden, sagte Gabriel der Funke-Mediengruppe.

**Die Linke** fordert in ihrem Rentenkonzept eine einkommens- und vermögensgeprüfte „solidarische Mindestrente“: Niemand solle im Alter von weniger als 1050 Euro netto leben müssen. Die Linke will das Rentenniveau wieder auf 53 Prozent anheben. „Wir wollen, dass künftig alle Erwerbstätigen, Erziehenden, Pflegenden, Erwerbslosen in die gesetzliche solidarische Rentenversicherung einbezogen werden – wenn alle einzahlen, haben auch alle etwas davon.“

**Bündnis 90/Die Grünen** wollen die Rentenversicherung mittelfristig zu einer Bürgerversicherung umbauen. Das Rentenniveau soll stabilisiert werden, so dass DurchschnittsverdienerInnen mit 45 Beitragsjahren auch über das Jahr 2025 hinaus mindestens eine Rente erhalten, „die 50 Prozent oberhalb der Grundsicherung liegt“. Die Riester-Rente soll grundlegend reformiert und ein neues Basisprodukt eingeführt werden, „das einfach, kostengünstig und sicher ist“.

## DER DGB FORDERT

Das gesetzliche Rentenniveau soll stabilisiert werden

Das Rentenniveau soll langfristig deutlich erhöht werden

Die Renten sollen dauerhaft wieder an die Lohnentwicklung angekoppelt werden

Der Beitragssatz soll in kleinen, maßvollen Schritten auf 22 Prozent angehoben werden

Der DGB spricht sich für ein Ende der privaten Riester-Rente aus. Bestehende Verträge bleiben davon unberührt

Die Erwerbsminderungsrente soll gestärkt werden

Die betriebliche Altersversorgung soll ausgeweitet werden

Tarifverträge zur betrieblichen Altersvorsorge müssen leichter allgemeinverbindlich werden können

Arbeitgeber und Staat sollen sich an der Finanzierung der Betriebsrenten beteiligen

Die Mütterrente soll aus Steuermitteln finanziert werden

Sozial abgesicherte Übergänge in Rente



## DGB-RENTENPORTAL

[www.rente-muss-reichen.de](http://www.rente-muss-reichen.de)  
Twitter: #RenteMussReichen

## RECHERCHE PACKAGE

Alle Informationen und Hilfsmittel zur DGB-Rentenkampagne gibt es im Recherche-Package.  
[www.dgb.de/-/hly](http://www.dgb.de/-/hly)



## GESUNDE ARBEITSPLÄTZE

„Gesunde Arbeitsplätze – für jedes Alter“ stehen im Mittelpunkt der neuen Kampagne der Europäischen Agentur für Sicherheit und Gesundheitsschutz am Arbeitsplatz (EU-OSHA), die bis 2017 läuft. Ziel der Aktionen, die vom Europäischen Gewerkschaftsbund (EGB) und UNI Global Union Europa unterstützt werden, ist ein gesundes Arbeiten während des gesamten Berufslebens. Online gibt es einen elektronischen Leitfaden und ein Toolkit zur Kampagnenplanung. [www.dgb.de/-/hyB](http://www.dgb.de/-/hyB)

## GEFLÜCHTETE IN GUTE ARBEIT

Junge Geflüchtete in die duale Ausbildung integrieren und so den Fachkräftemangel bekämpfen – das sind die Ziele der Servicestelle KAUSA in Leipzig. Die Beratungsstelle, die beim gewerkschaftlichen Bildungsträger Arbeit und Leben Sachsen angesiedelt ist, informiert Jugendliche mit Migrationshintergrund und deren Eltern über die duale Berufsausbildung. Ein interdisziplinäres Team aus Sozialpädagogen, Kommunikationsfachleuten, Wirtschaftsexperten und Kulturmittlern berät und schult auch regionale Unternehmen, die junge MigrantInnen ausbilden wollen. [www.sachsen.dgb.de/-/Igzv](http://www.sachsen.dgb.de/-/Igzv)



## JETZT IM KINO: DGB-FILMPREIS

Geflüchtete aus der ganzen Welt, ein gieriger Hotelbesitzer und eine marode Unterkunft in Nord-Norwegen – das sind die Zutaten für „Welcome to Norway“. Die schwarze Komödie, die ab 13. Oktober bundesweit in den Kinos läuft, hat den DGB-Filmpreis 2016 gewonnen. Regisseur Rune Langlo nimmt Vorurteile aufs Korn und zeigt die Bedeutung von Freundschaft. [www.dgb.de/-/hdl](http://www.dgb.de/-/hdl)

# Mitgliederwerbung „to go“



Raus auf die Straße, ran an die Menschen: Neue Wege in der Mitgliederwerbung erprobt ver.di seit einem Jahr – mit Erfolg. Die Dienstleistungsgewerkschaft setzt dabei auf die Dialogwerbung. Besonders geschulte „DialogerInnen“ sprechen Interessierte auf Einkaufsstraßen oder belebten Plätzen an und versuchen, sie von der guten Sache zu überzeugen, sprich: ver.di beizutreten.

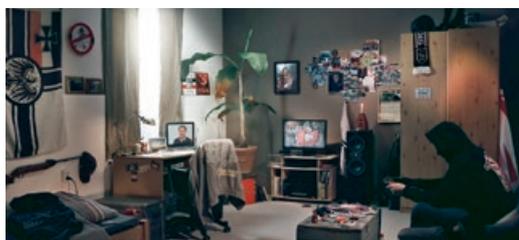
ver.di folgt damit der Schweizer Gewerkschaft UNIA, die schon länger gute Erfahrungen mit dieser „Face-to-face“-Werbung hat. Im Auftrag von ver.di schult die Agentur DFC-Dialog die Teams darin, Menschen anzusprechen und für gewerkschaftliche Themen zu werben. Die DialogerInnen sind meist Studierende und alle Mitglied von ver.di. Ihre Einsätze werden in engem Kontakt mit den ver.di-Büros vor Ort koordiniert.

Zentraler Vorteil der Mitgliederwerbung „to go“ ist, dass Interessierte erreicht werden, die nur selten oder

gar nicht in Betrieben anzutreffen sind, wie Studierende, Selbstständige und freie MitarbeiterInnen. Die Dialogwerbung ersetzt die klassische Mitgliederwerbung im Betrieb keinesfalls, sie ergänzt sie vielmehr.

Der Erfolg spricht für sich: Mehrere Tausend neue Mitglieder wurden bereits gewonnen. „Es ist eine gute Mischung“, sagt Sigrid Dahm, Leiterin des Bereichs Mitgliederentwicklung bei der ver.di-Bundesverwaltung, „dabei sind Beschäftigte in Vollzeit und Teilzeit, Auszubildende und Studierende“. Rund ein Drittel der neuen Mitglieder sind jünger als 21 Jahre, 37 Prozent sind zwischen 21 und 27 Jahren alt. Positiver Nebenaspekt: Die Menschen hören von der Gewerkschaft – abseits von Streiks und Konflikten. „Das ist gut fürs Image“, so Dahm. Die Zwischenbilanz ist also positiv. Im November entscheidet der ver.di-Gewerkschaftsrat, wie es weitergeht. [www.dgb.de/-/hwe](http://www.dgb.de/-/hwe)

## KEIN RAUM FÜR NAZIS



Diese Welt bleibt normalerweise verborgen. Das multimediale Projekt „Kein Raum für rechts“ der Arbeitsstelle Rechtsextremismus und Gewalt (ARUG) und des Zentrums Demokratische Bildung (ZDB) zeigt das Zimmer eines jungen Neonazis. Auf der interaktiven Seite gibt es Videos, Musik und Infos, die über die extrem rechte Bewegung aufklären. Denn: Nur wer Neonazis erkennt, kann etwas gegen sie tun. Aussteiger aus der Nazi-Szene halfen, das Zimmer realitätsnah einzurichten. Die Gegenstände im Zimmer sind alle echt – von rechtsextremen Händlern bezogen. Nur die Waffen sind Nachbildungen, aber Teil der Realität: Denn die Neonazi-Szene ist bewaffnet. ARUG/ZDB sind bei Arbeit und Leben (AuL) Niedersachsen angesiedelt, einer Weiterbildungseinrichtung von DGB und Volkshochschulen. [www.dgb.de/-/hdU](http://www.dgb.de/-/hdU)

## Ringvorlesung startet

Für die Gewerkschaften ist klar: Es ist Zeit, zu reden! Besonders über die „Arbeitszeit und Lebenszeit in der digitalen Optimierungsgesellschaft“, so der Titel der DGB-Ringvorlesung an der Technischen Universität Berlin. Die Digitalisierung befeuert drei zeitpolitische Entwicklungen: die zunehmende Unabhängigkeit von Arbeitsorten; die zeitliche Flexibilität, die traditionelle Arbeitszeitmuster revolutioniert; und die veränderten Ansprüche der ArbeitnehmerInnen an Gute Arbeit, nachhaltige Lebensstile und neue Familienmodelle. Vom 27. Oktober bis zum 15. Dezember diskutieren ExpertInnen aus Gewerkschaften, Wissenschaft und Politik an acht Abenden neueste Erkenntnisse und Forderungen zur Arbeitszeitpolitik in der Arbeitswelt 4.0.

[www.dgb.de/-/IgcX](http://www.dgb.de/-/IgcX)  
Twitter: #zeitzureden

# Nicht auf Augenhöhe

Freihandel nutzt vor allem den Starken. Öffnet ein schwächerer Partner seine Märkte für einen stärkeren, hat er das Nachsehen. Das zeigen die sogenannten Wirtschaftspartnerschaftsabkommen der EU mit verschiedenen Staatengemeinschaften in Afrika.

**A**lle reden von CETA und TTIP, kaum präsent sind dagegen in der Öffentlichkeit die Freihandelsverträge, die die EU vor allem mit ehemaligen Kolonien ihrer Mitgliedstaaten in Asien, im Pazifik-Raum und in Afrika abschließt. Mitte September hat das EU-Parlament erneut ein solches Abkommen zwischen der EU und sechs Ländern des südlichen Afrikas – Südafrika, Botswana, Namibia, Swasiland, Lesotho und Mozambik – ratifiziert. Mit Partnerschaft auf Augenhöhe haben diese „Economic partnership agreements“ (EPA) wenig zu tun – vielmehr nutzt der Freihandel vor allem dem wirtschaftlich stärkeren Partner, also der EU. Während die afrikanischen Staaten für ihre Exportgüter, vor allem Rohstoffe oder landwirtschaftliche Erzeugnisse wie Kakao, nur geringe Preise erreichen, bedrohen mit dem Wegfall der Zölle billige Massenwaren und subventionierte Lebensmittel aus der EU die Wirtschaft und die Arbeitsplätze in den afrikanischen Staaten. Um Afrikas Länder in diese Abkommen zu drängen, legt die EU gern die Daumenschrauben an. Den Ländern des südlichen Afrikas hat sie ein Ultimatum gesetzt. Sollten sie bis Oktober das Abkommen nicht ratifizieren, will die EU bestehende Handelsbegünstigungen entziehen.

In einem Brief an die EU-Parlamentarier haben afrikanische Gewerkschaften gemeinsam unter anderem mit dem IGB und dem EGB dieses Vorgehen der EU scharf

kritisiert. Es sei nicht hinnehmbar, dass die EU ausgerechnet auf einige der ärmsten Länder der Welt einen solchen Druck ausübe. Die im Abkommen enthaltene Entwicklungskomponente reiche nicht aus. Das Abkommen befördere weder eine nachhaltige wirtschaftliche Entwicklung noch enthalte es eine ausreichende Verpflichtung, die Zivilgesellschaft der afrikanischen Staaten, also auch die Gewerkschaften, einzubeziehen oder die ILO-Kernarbeitsnormen zu beachten. Kritiker der EU-Politik bemängeln vor allem, dass diese Handelspolitik der EU weitere Armutsflüchtlinge auf den Weg nach Europa zwingt, weil sie in ihren Heimatländern keine Chancen haben.

Einen wirklichen Politikwechsel hat diese Kritik bisher nicht ausgelöst. Immerhin hat EU-Handelskommissarin Cecilia Malmström bei der Debatte über das aktuelle Abkommen zugesichert, dass die Zivilgesellschaft besser einbezogen werden soll. „Die eigentliche Arbeit mit dem Handelsabkommen beginnt erst jetzt“, so der SPD-Europaabgeordnete Joachim Schuster. Die EU-Kommission müsse sicherstellen, dass die Entwicklungskomponente des Abkommens, insbesondere der Mechanismus zur Einbeziehung der Zivilgesellschaft, umgesetzt wird. Auch das EU-Parlament dürfe sich angesichts der Entwicklungsprobleme im südlichen Afrika nicht aus der Verantwortung stehlen, sondern müsse sich regelmäßig über die Auswirkungen des Abkommens informieren.

## SANKTIONEN PER GESETZ

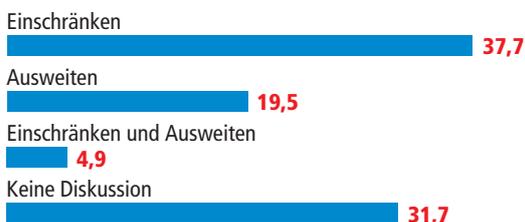
In immer mehr Ländern weltweit wird das Streikrecht massiv eingeschränkt. Das geht aus einer aktuellen Studie der Friedrich-Ebert-Stiftung (FES) hervor. Streiks werden mit Sanktionen belegt, mit Gesetzen ausgehebelt oder verboten. Arbeitnehmergruppen werden vom Streikrecht ausgeschlossen, Gerichte können Streiks aussetzen, Streikende werden mit Geldstrafen belegt. Die Untersuchung umfasst insgesamt 69 Staaten weltweit, rund ein Drittel von ihnen gehört der OECD an. In 21 der Länder hat die Arbeitsforscherin Edlira Xhafa, Autorin der Studie, insgesamt 41 Verstöße in Gesetz und Rechtsprechung innerhalb der letzten fünf Jahre festgestellt. Restriktionen des Streikrechts gibt es auf allen Kontinenten, sowohl in Entwicklungsländern als auch in hoch entwickelten Industrienationen. Kanada, Belgien und Spanien finden sich ebenso auf der Liste wie Ägypten, Bangladesch, Niger oder die Türkei.

Auch international ist das Streikrecht unter Beschuss. So bestreiten seit 2012 die Arbeitgebervertre-

terInnen in der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO), dass das Übereinkommen über die Vereinigungsfreiheit (ILO-Übereinkommen Nr. 87) auch den Schutz des Streikrechts beinhaltet.

## Streikrecht unter Beschuss

Trends im Umgang mit dem Streikrecht, Erhebung in 69 Ländern (Anteile in Prozent)



Quelle: Weltweite Erhebung der Friedrich-Ebert-Stiftung

## STICHWORT EPA

Economic Partnership Agreements (Wirtschaftspartnerschaftsabkommen – EPA) sind Freihandelsabkommen zwischen der EU und den 78 AKP-Staaten (in der Mehrzahl ehemalige europäische Kolonien in Afrika, der Karibik und im Südpazifik). Seit 2002 wird über diese Abkommen verhandelt, einige sind bereits abgeschlossen, etwa mit den ostafrikanischen Staaten. Notwendig wurden sie, weil die Welthandelsorganisation WTO Handelsvorteile dieser Staaten auf dem europäischen Markt kritisiert hatte. Mehr: [www.dgb.de/einblick](http://www.dgb.de/einblick)



## WELTTAG FÜR ARBEITNEHMERRECHTE



„Stopp der Profitgier“ ist das Motto des diesjährigen Welttags für menschenwürdige Arbeit (WFMA), zu dem der Internationale Gewerkschaftsbund (IGB) am 7. Oktober aufruft. Im Mittelpunkt der weltweiten Aktionen stehen 2016 Ausbeutung und Verstöße gegen Arbeitnehmerrechte entlang der weltweiten Lieferketten. Der IGB bittet darum, regionale Aktionen an [wddw@ituc-csi.org](mailto:wddw@ituc-csi.org) zu melden. Mehr: [www.wddw.org](http://www.wddw.org)



## ZUKUNFT DES STREIKRECHTS

Die Studie der Friedrich-Ebert-Stiftung zum Streikrecht wird am 7. Oktober in englischer Sprache veröffentlicht: [www.fes.de](http://www.fes.de). Eine deutsche Kurzfassung gibt es bereits jetzt unter [http://bit.ly/fes\\_streik](http://bit.ly/fes_streik)

## VER.DI-KAMPAGNE: „YES, WE KÄMM“



Eine Ausbildung im Friseurhandwerk ist kein Zuckerschlecken. Laut DGB-Ausbildungsreport sind Auszubildende dort besonders unzufrieden mit ihren Arbeitsbedingungen. Kein Wunder, sie bekommen eine sehr geringe Auszubildendenvergütung, leisten häufig Überstunden ohne Ausgleich, und ihre fachliche Betreuung ist in vielen Betrieben schlecht. Zudem müssen sich viele auf eigene Kosten ihre Arbeitsausrüstung kaufen. Damit soll Schluss sein. Unter dem Motto „Besser abschneiden“ hat ver.di eine Kampagne gestartet, um 3000 neue Mitglieder unter den Friseur-Azubis zu gewinnen. Die Zahl ist Bedingung, um Verhandlungen mit den Arbeitgebern im Friseurhandwerk über einen eigenen Tarifvertrag für Auszubildende zu starten. Mit schmissigen Slogans wie etwa „Yes, we kämm“ und „Kamm on“ will ver.di die Azubis erreichen. Hoffnung macht die erfolgreiche Berliner Berufsschultour 2016 im Friseurhandwerk. Mehr als 200 neue Mitglieder konnte ver.di bereits begrüßen. Alle Infos zur Kampagne unter: [www.besser-abschneiden.info](http://www.besser-abschneiden.info)

## LEIHARBEIT: BERECHTIGTE FORDERUNGEN

Am 7. Oktober startet die Tarifrunde in der Leiharbeit. Die DGB-Tarifgemeinschaft Leiharbeit wird mit den Arbeitgeberverbänden IGZ und BAP einen neuen Tarifvertrag verhandeln. Sie fordert sechs Prozent mehr Lohn, mindestens aber 70 Cent mehr pro Stunde, bei einer Laufzeit von zwölf Monaten. Außerdem will die DGB-Tarifgemeinschaft die Ost-West-Angleichung in allen Entgeltgruppen durchsetzen. Zuvor nannten in einer Umfrage Leiharbeitskräfte ihre Prioritäten für die Tarifrunde. Danach will eine klare Mehrheit der Beschäftigten, dass die Löhne zwischen Ost- und Westdeutschland angeglichen und die unteren Entgeltgruppen angehoben werden. Die Entgelte sollen zudem einen deutlichen Abstand zum gesetzlichen Mindestlohn haben. Die Wünsche der LeiharbeiterInnen sind in die Tarifforderung eingeflossen. Im vergangenen Jahr waren mehr 950 000 Menschen in der Branche tätig. [www.dgb.de/tarifrunde-leiharbeit](http://www.dgb.de/tarifrunde-leiharbeit)



### Ticker

#### Einsatz für Analphabeten



Gemeinsam mit dem DGB-Projekt MENTO schult die IG BAU künftig in ihrem Bildungswerk Steinbach Betriebsräte für den Umgang mit funktionalen Analphabeten. Die ArbeitnehmervertreterInnen sollen sensibilisiert werden, um besser auf Betroffene zugehen zu können. In Deutschland kann jeder Siebte nicht richtig lesen und schreiben. [www.dgb-mento.de](http://www.dgb-mento.de)

#### Fusion als Chance



Die geplante Fusion mit Monsanto kann aus Sicht der IG BCE eine große Chance sein, den Pharmakonzern Bayer dauerhaft als ein führendes Unternehmen auf den Weltmärkten zu platzieren. „Die Übernahme kann die in Deutschland angesiedelte Forschung und Entwicklung und deutsche Arbeitsplätze stärken“, so der IG BCE-Vorsitzende Michael Vassiliadis. [www.bit.ly/igbce\\_bay](http://www.bit.ly/igbce_bay)

#### Angleichung Ost und West



Tarifflocht und der hohe Anteil prekärer Beschäftigung seien die Ursachen für die noch immer bestehenden Einkommensunterschiede zwischen Ost und West. „Deshalb liegt unsere zentrale Aufgabe darin, die Tarifbindung zu erhöhen und die betriebliche Mitbestimmung zu stärken“, betont Jörg Hofmann, Erster Vorsitzender der IG Metall. [www.bit.ly/igm\\_ost](http://www.bit.ly/igm_ost)

## MEHR GELD FÜR BILDUNG



Seit Jahren ist der Bildungsbereich unterfinanziert. Die Folgen: Viele Bildungseinrichtungen sind sanierungsbedürftig. Moderne Lernräume und -mittel fehlen. Für ein qualifiziertes, flächendeckendes Angebot mangelt es an Personal.

### Bildung. Weiter denken!

Der Zuzug geflüchteter Menschen verstärkt den Mangel. Mit der bundesweiten Initiative „Bildung. Weiter denken!“

will die GEW im Bundestagswahlkampf 2017 Druck machen.

Ziel ist es, die finanzielle Ausstattung der Bildung entscheidend zu

verbessern. Die Gewerkschaft setzt sich unter anderem dafür ein, Länder und

Kommunen finanziell besser auszustatten. Die Initiative zielt mit ihren Forderungen auch über die Bundestagswahl 2017 hinaus. [www.gew.de/weiter-denken](http://www.gew.de/weiter-denken)

## DIE TÄGLICHE GEWALT STOPPEN

Immer häufiger und brutaler werden Beschäftigte in Bussen und Bahnen attackiert. Die Täter kommen aus allen gesellschaftlichen Gruppen – Obdachlose und Managertypen, Hausfrauen mit Kindern oder Jugendliche. Zugbegleiter werden bespuckt, beleidigt und verprügelt. Häufig kommen die Attacken unerwartet. Die Opfer leiden nicht nur unter den körperlichen Folgen. Laut EVG liegen in diesem Jahr bereits 1600 Fälle von Körperverletzung vor. Einer Einladung der EVG zu einem „runden Tisch“ sind nun 60 VertreterInnen von Nahverkehrsunternehmen, Verbänden, Gewerkschaften und Betriebsräten gefolgt. Gemeinsam unterstützen sie die „Berliner Erklärung“, um die Gewalt in öffentlichen Verkehrsmitteln zu stoppen. Unter anderem fordert die EVG zusätzliches, qualifiziertes Personal und mehr Maßnahmen zu Prävention und Deeskalation. Taten sollen konsequent geahndet, Opfer medizinisch und psychologisch betreut werden.



### Tipps

Kurze News und Serviceangebote aus Gewerkschaften und Umfeld gibt es künftig in der Online-Rubrik „Pinnwand“. Zudem fassen wir kompakt und kurz Meldungen von Projekten und Partnern – zum Beispiel aus der Hans-Böckler-Stiftung – zusammen. Reinschauen lohnt sich: [www.dgb.de/einblick/pinnwand](http://www.dgb.de/einblick/pinnwand)

PINNWAND



# Im Wettstreit um Aufmerksamkeit und Engagement

Dies ist ein Blick von außen auf die Gewerkschaften. Die zentralen Fragen lauten: Warum sind die Gewerkschaften so wenig sexy, und wie können sie dies wieder stärker werden?

**A**ufmerksamkeit ist in der Mediendemokratie von heute eine knappe Ressource. Sie ist Voraussetzung für Engagement, und der Wettbewerb um sie ist hart. Individualisten suchen nach Zielen und Zwecken, mit denen sie sich identifizieren können. Für sie ist dabei wichtig, wie allgemein und universell die Anliegen sind. Das Partikularinteresse verliert gegen das Gemeinwohl, das hier vor allem als gute Absicht antritt. Nichtregierungsorganisationen, die das bedienen, finden die größte Aufmerksamkeit und Zustimmung. In diesem Wettstreit sind die Gewerkschaften Verlierer. Sie gelten als dröge, bloß auf die eigenen Interessen beziehungsweise die ihrer Mitglieder bedacht. Obendrein haben sie wenig Charme, weil sie aufs Materielle fixiert sind. Die Gewerkschaften haben ein Idealitätsdefizit, einen Mangel an verallgemeinerungsfähigem Idealismus, und der wird in der modernen Mediendemokratie mit ihren Talkshows deutlich sichtbar.

Alles dreht sich um die soziale und politische Mitte. Mitte steht jedoch eher für ein Empfinden und ein Bewusstsein als für eine präzise Analyse der gesellschaftlichen Vermögens- und Einkommensverhältnisse. Mitte ist da, wo soziale Sicherheit herrscht. Der Wohlfahrtsstaat hat Vermögen und gesichertes Einkommen auf immer mehr Menschen verteilt. Dazu haben die Gewerk-

☞ Eine in ihrem Kern gesättigte Gesellschaft drängt die Gewerkschaften an den Rand oder macht sie statisch.

schaften beigetragen. Gleichzeitig haben sie strukturell bei dieser Entwicklung verloren, denn in der Folge ist ihre politische wie gesellschaftliche Bedeutung geschwunden. Die dynamische Bewegung, der Fortschritt, der erkämpft werden muss, hat sich in eine stabile Statik gewandelt – in eine Ordnung, in der man sich bequem einrichten kann. Eine in ihrem Kern gesättigte Gesellschaft drängt die Gewerkschaften an den Rand oder macht sie statisch. Sie haben nach nie vor Relevanz, aber sie wecken keine Begeisterung. Sie sind Interessenorganisationen, die dafür sorgen sollen, dass es nach Möglichkeit so bleibt, wie es ist. Das ist der Charme von Krücken, derer man sich bedient, wenn es nicht anders geht.

Inzwischen ist die Mitte jedoch in Gefahr geraten. Wir beobachten, wie eine Kluft zwischen oberer und unterer Mittelschicht aufreißt. Die einen fühlen sich überlastet, die anderen abgehängt. Die Erosion des Normalarbeitsverhältnisses ist eine Erosion der gesellschaft-

lichen Mitte. Hier sind die Gewerkschaften gefordert. Sie müssen für den sie betreffenden Teil der Mitte attraktiv sein. Sie müssen ihn aus der Lethargie wecken und in Bewegung bringen. Das ist nicht leicht, aber anders lässt sich keine politische Kraft entfalten. Die Abgehängten erwarten Hilfe, und die sollen sie bekommen. Aber wer sich nur darauf konzentriert, wird zur sozialen Hilfsorganisation. Politische Dynamik ist etwas anderes.

Es hat eine Aufmerksamkeitsglobalisierung stattgefunden, und die Gewerkschaften sind ihr Verlierer. Daneben ist eine starke Fixierung auf universale Themen und Forderungen zu beobachten: die Rettung der Menschheit angesichts der Klimakatastrophe, die moralische Selbstanklage in reichen Gesellschaften, die Moralisierung des Politischen im Ganzen. Das sind Entwicklungen, von denen die Gewerkschaften nicht profitieren. Sie können sie nicht ändern, aber sie müssen lernen, klug damit umzugehen.

Aber wie wird das Wahre, Gute und Schöne, das von den Nichtregierungsorganisationen und Gemeinwohlunternehmern bewirtschaftet wird, in der Aufmerksamkeitskala und in der Politikagenda platziert? Greenpeace hat als erstes von Massenbeteiligungen auf spektakuläre Aktionen umgestellt. Es kommt nicht darauf an, dass Viele kommen, sondern dass einige Wenige spektakuläre Aktionen durchführen, die gute Bilder fürs Fernsehen liefern. Es herrschen die Logik der Werbung und die Imperative der Medien. Aufmerksamkeit und Spendenbereitschaft sollen Teilnahme ersetzen. Dem können und sollen die Gewerkschaften nicht folgen. Aber sie leiden unter dieser Entwicklung. Also müssen sie sich darauf einstellen. Entscheidend bleibt die Frage: Wie lässt sich zeitlich begrenzte Aufmerksamkeit in längerfristiges Engagement verwandeln?

Die großen sozialen und politischen Bewegungen des 19. Jahrhunderts verfügten allesamt über Erzählungen, eigene Utopien oder Ideologien. Die sind inzwischen verschwunden. Geblieben sind kleine Geschichten vergangener Erfolge, also eine rückwärts gekehrte politische Romantik. Die narrative Verbindung von Vergangenheit und Zukunft, die die Gegenwart einbezieht, fehlt. Das ist der vielleicht wichtigste Grund, warum die Gewerkschaften so wenig sexy sind. Solche Erzählungen müssen neu entwickelt werden. Ein neues Bündnis mit Intellektuellen und Schriftstellern ist erforderlich, um an diesen Erzählungen zu arbeiten, die man nicht einfach erfinden kann. Die Anstrengungen des Tages, die „Mühen der Ebene“, müssen wieder eingebettet werden in Vorstellungen, die begeistern und für die es sich lohnt, Zeit und Mühe aufzuwenden.



## HERFRIED MÜNKLER

65, ist Professor für die Theorie der Politik an der Humboldt-Universität Berlin. In ihrem Buch „Die neuen Deutschen. Ein Land vor seiner Zukunft“ (Rowohlt 2016) halten Herfried Münkler und seine Frau Prof. Dr. Marina Münkler ein Plädoyer für die offene Gesellschaft.“



Eine ausführliche Version von Herfried Münklers Beitrag zur Zukunft der Gewerkschaften steht online auf GEGENBLENDE – dem DGB-Debattenportal.  
[www.gegenblende.dgb.de/-/hdc](http://www.gegenblende.dgb.de/-/hdc)

**Gegenblende**  
das DGB-Debattenportal

## DEBATTEN DER ZUKUNFT

Auf dem DGB-Debattenportal GEGENBLENDE werden in loser Reihenfolge Menschen aus Politik, Wissenschaft, Betrieben, Medien und Zivilgesellschaft ihre Meinungen, Forderungen, Ansprüche oder Erwartungen an die Gewerkschaften in der Zukunft darstellen. Wir haben die AutorInnen gefragt, wie sie sich die Zukunft der Gewerkschaften vorstellen. Was sind die zentralen Themenfelder, die aus ihrer Sicht von den Gewerkschaften gestaltet werden müssen, damit die Menschen ein gutes Leben haben? Was sind die grundsätzlichen Werte, die gewerkschaftliche Arbeit auch in der Zukunft ausmachen? Welche Werte müssen Gewerkschaften weiterhin vertreten? Die AutorInnen legen ihre eigene Sicht auf die aktuelle Situation der Gewerkschaften und des DGB dar und geben einen persönlichen Ausblick auf die Zukunft.



„Die Europäer wollen konkrete Lösungen für die entscheidenden Probleme, vor denen unsere Union steht. Und sie wollen mehr als Versprechen, Entschließungen und Gipfel-Schlussfolgerungen. Davon haben sie schon genug gehört und gesehen.“

Martin Schulz, SPD, Präsident des Europäischen Parlaments, in einer Rede vor der Europäischen Kommission am 14. September.



## Das steht an...

### Oktober 2016

Ab Oktober sind junge Beschäftigte in Unternehmen mit mindestens fünf Wahlberechtigten aufgerufen, eine neue Jugend- und Auszubildendenvertretung (JAV) zu wählen. [www.jav-portal.de](http://www.jav-portal.de) [www.jav.info](http://www.jav.info)

### 7. Oktober

Am „Welttag für menschenwürdige Arbeit“ wirbt die internationale Gewerkschaftsbewegung für Gute Arbeit weltweit. Das Motto in diesem Jahr ist: „Stopp die Profitgier!“ [www.wddw.org](http://www.wddw.org)

### 14. Oktober

Am 14. Oktober ist der „Tag der betrieblichen Entgeltgleichheit“ – legt man die statistische Lohnlücke zwischen den Geschlechtern zugrunde, arbeiten Frauen in Deutschland von diesem Tag an bis zum Jahresende ohne Bezahlung.

### 17. Oktober

Am 17. Oktober beschäftigt sich der Bundestagsausschuss Arbeit und Soziales mit dem Gesetzentwurf gegen den Missbrauch von Leiharbeit und Werkverträgen. Ende Oktober sollen die zweite und dritte Lesung im Bundestag folgen.

### 30. Oktober bis 5. November

In der ARD-Themenwoche „Zukunft der Arbeit“ beleuchten TV-, Radio- und Internetformate die zukünftige Arbeitswelt aus allen Blickwinkeln. Das Erste, die dritten TV-Programme und die Hörfunksender untersuchen, wie sich der Mensch in der digitalen Arbeitswelt definieren kann. [www.dgb.de/-/hKF](http://www.dgb.de/-/hKF)



## Personalia

### **ANDREAS BOTSCH,**

58, ist seit 1. September neuer Leiter der Abteilung Internationale und europäische Gewerkschaftspolitik beim DGB-Bundesvorstand, die er bereits seit dem 1. November 2015 kommissarisch geleitet hat. Zuvor war Botsch in der Abteilung Vorsitzender beim DGB-Bundesvorstand und beim Europäischen Gewerkschaftsbund tätig.

### **MARTIN KÜNKLER,**

49, verstärkt seit 1. Oktober die Abteilung Arbeitsmarktpolitik beim DGB-Bundesvorstand. Dort ist er unter anderem für die Themen Leiharbeit und Werkverträge sowie Armut und Arbeitsmarkt zuständig. Künkler leitete seit 1998 die Koordinierungsstelle gewerkschaftlicher Arbeitslosengruppen. Er folgt Sabrina Klaus-Schellert, 37, die als Referatsleiterin nun u.a. für SGB III und betriebsbezogene Arbeitsmarktpolitik, Weiterbildung und Qualifizierung zuständig ist.

### **ROBERT SPILLER,**

33, ist ab 1. Oktober zuständig für die Europäische Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik. Er vertritt Alexandra Kramer, 40, die in Elternzeit ist. Spiller war zuvor Gewerkschaftssekretär bei der IG BCE Berlin-Mark Brandenburg.

### **ANKE HASSEL,**

51, ist neue wissenschaftliche Direktorin des Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Instituts (WSI) der Hans-Böckler-Stiftung. Die Wissenschaftlerin wechselte am 1. September von der Hertie School of Governance an die Spitze des WSI. Sie gilt als Experte für politische Ökonomie, die Institutionen des Arbeitsmarktes, für Arbeitsmigration, Sozialpolitik und Arbeitnehmerpartizipation.

### **THORSTEN GRÖGER,**

47, ist vom Vorstand der IG Metall zum Leiter des Bezirks Niedersachsen und Sachsen-Anhalt ernannt worden. Er wird zum 1. Januar 2017 Nachfolger von Hartmut Meine, 64, der zum Jahresende in den Ruhestand geht.

## Newsletter abonnieren

Immer auf dem Laufenden – dein wöchentliches Update mit dem DGB-Newsletter *einblick*. Jetzt kostenlos abonnieren.





Das Internet wächst und wächst – immer mehr Webseiten und Blogs sind online. Mehr als 233 Millionen Domains sind registriert. Um dem Wachstum Rechnung zu tragen, können Webseitenbetreiber aus immer mehr Domainendungen (top level domains) wählen. Neben den herkömmlichen Endungen .de, .com oder .org können Seiten seit einiger Zeit unter anderem mit den Endungen .love, .gold, oder .bio betrieben werden. Wer will, kann sich so kreative Domains inklusive Statement sichern. Das bietet gerade Gewerkschaften spannende Kombinationen: So sind [www.tarifbindung.love](http://www.tarifbindung.love) oder [www.rente.gold](http://www.rente.gold) noch zu haben. Auch Abneigung lässt sich nun in der URL deutlich machen: die Adressen [www.rechtspopulismus.fail](http://www.rechtspopulismus.fail) oder [www.ttip.fail](http://www.ttip.fail) sind frei.

Über kreative Vorschläge freut sich die Redaktion  
[smartunion@dgb.de](mailto:smartunion@dgb.de)

Weitere Infos zum Thema unter  
[www.dgb.de/einblick/smartunion](http://www.dgb.de/einblick/smartunion)

## MAGAZIN MITBESTIMMUNG MIT APP



Das Magazin Mitbestimmung der Hans-Böckler-Stiftung gibt es ab sofort als App. LeserInnen erhalten auf ihrem Smartphone oder Tablet alle zwei Wochen Beiträge, Interviews und Reportagen zu den Themen Mitbestimmung, Arbeitnehmerrechte, Globalisierung und Trends in der Industrie und Dienstleistungen. Optisch ist die App an das neue Layout der Printausgabe angelehnt und zeichnet sich durch eine intuitive Handhabung aus. Insbesondere die professionellen Fotos kommen in der App gut rüber. Weitere Vorteile: Texte können offline gelesen werden, eine Lesezeitvorschau zeigt an, wie lange die LeserInnen für einzelne Beiträge brauchen. Alle Inhalte können per Klick in den sozialen Medien geteilt werden. Die App gibt es für Android und Apple. Mehr: [www.dgb.de/-/h6V](http://www.dgb.de/-/h6V)



## #arbeit40 #arbeitenviernull

Wer beim Thema digitale Arbeitswelt mitreden will, sollte ab und an nach diesen Hashtags auf twitter suchen. Täglich twittern Menschen über neue Studien, Konferenzen und steile Thesen.

## BILDER IM NETZ NUTZEN

Auch im Internet gilt das Urheberrecht – einfach Fotos für die eigene Seite oder einen Beitrag nutzen, ist nicht erlaubt. Einige Bilddatenbanken bieten jedoch kostenlose und rechtfreie Bilder an, die man nutzen kann – unter bestimmten Voraussetzungen. SmartUnion stellt die Creative-Commons-Lizenzen und drei Bilddatenbanken vor.

● = sehr gut ● = befriedigend ● = mangelhaft



### Creative Commons-Lizenzen

Eine Möglichkeit, Inhalte im Netz frei zu teilen und zu nutzen, sind die Creative Commons-Lizenzen (CC). Es gibt sieben verschiedene Lizenzen – je nachdem, welche Bedingungen der Urheber setzt, um sein Werk zu nutzen. Wer sein Foto im Internet unter CC stellen möchte, kann genau angeben, welche Bedingungen andere Internetnutzer beachten müssen. CC-BY-SA bedeutet beispielsweise, dass das Bild mit Namensnennung des Fotografen verwendet werden darf und es – bei Bearbeitung – unter der gleichen Lizenz weitergegeben werden muss.

[www.creativecommons.org](http://www.creativecommons.org)



### Flickr.com: Nutzerfreundliche Bildersuche

Flickr ist eine Bilddatenbank und Online-Community für Bilder mit mehreren Milliarden Dateien. Ursprünglich in Kanada gegründet, gehört flickr seit 2005 zum Yahoo-Konzern und untersteht US-amerikanischem Recht. Auf flickr können NutzerInnen gezielt und einfach nach rechtfreien Bildern und Bildern mit CC-Lizenz suchen, die der Öffentlichkeit gestatten, die Inhalte zu verwenden. [www.flickr.com](http://www.flickr.com)

**Bedienung** ● **Fotosuche** ● **Qualität der Fotos** ●



### Wikimedia Commons: die Online-Bibliothek

Wikimedia Commons ist die Bilddatenbank der Wikimedia Foundation, zu der auch Wikipedia gehört. Hier sind mehr als 33 Millionen Bilder und andere Medien gesammelt, die rechtfrei sind oder unter freien Lizenzen stehen. Hochgeladen werden die Inhalte von Internetnutzern, die ihre Werke teilen möchten.

<https://commons.wikimedia.org>

**Bedienung** ● **Fotosuche** ● **Qualität der Fotos** ●



### Pixelio: Große Auswahl, gute Qualität

Pixelio ist eine große Bilddatenbank im deutschsprachigen Raum und verfügt über mehr als 500 000 Bilder. Bevor man auf die Inhalte zugreifen oder eigene Fotos hochladen kann, müssen sich NutzerInnen registrieren. Die Recherche kann anonym erfolgen. Die Inhalte werden von Administratoren erst nach einer Qualitätsprüfung frei geschaltet. Die Verwendung der Fotos ist für „redaktionelle“ Zwecke zwar zulässig, aber nicht immer kostenlos – hier muss die entsprechende Lizenz beachtet werden. [www.pixelio.de](http://www.pixelio.de)

**Bedienung** ● **Fotosuche** ● **Qualität der Fotos** ●

**TIPP:** Die Bilder der NASA ([www.nasa.gov](http://www.nasa.gov)) und des Hubble-Weltraumteleskops ([www.hubblesite.org](http://www.hubblesite.org)) können bei Quellenangabe in der Regel frei genutzt werden.

Weitere Infos: [www.dgb.de/einblick/smartunion](http://www.dgb.de/einblick/smartunion)

Lohnwucher

## STUNDENLOHN VON 1,62 EURO IST SITTENWIDRIG

Eine Firma, die eine Praktikantin fünfeinhalb Jahre beschäftigt und mit 300 Euro brutto im Monat für einen Vollzeitjob vergütet, begeht Lohnwucher.

Der Fall: Nach erfolgreich abgeschlossener Realschule bemühte sich die Klägerin zunächst vergeblich um eine Ausbildungsstelle. Bei einem Versicherungsmakler bekam sie eine Praktikantenstelle angeboten. Sie sollte der Ausbildung zur Finanzfachwirtin dienen. In dem als Praktikumsvertrag beschriebenen Vertrag waren 43 Wochenstunden und ein monatliches Entgelt von 300,00 Euro brutto vereinbart. Nachdem sie gekündigt hatte, verlangte die Frau von der Firma eine rückwirkende Vergütung auf der Basis des Mindestlohnes. Mit ihrer Klage hatte sie Erfolg.

Das Landesarbeitsgericht: Zwischen Klägerin und Versicherungsmakler bestand ein Arbeitsvertrag, befand das Gericht. Daran ändere auch nichts, dass ihr Arbeitsverhältnis im Vertrag als „Praktikum“ bezeichnet wurde. Entscheidend ist nicht die Bezeichnung, sondern die tatsächliche Durchführung des Vertrages. Ein Praktikumszweck ist nicht erkennbar. Die Arbeitnehmerin hat Arbeitsleistungen erbracht, die bezahlt worden sind. Der vereinbarte Stundenlohn von 1,62 Euro ist sittenwidrig und damit nichtig. Der Arbeitgeber hat die Unerfahrenheit der bei der Einstellung 17-Jährigen ausgenutzt. Weder ihr noch ihren Eltern war die Verschiedenheit der Begriffe „Praktikum“ und „Berufspraxis“ bewusst. Darüber hinaus war die junge Frau dringend auf eine berufliche Perspektive angewiesen, nachdem sie sich über ein Jahr erfolglos um eine Ausbildungsstelle beworben hatte. Ihr Arbeitgeber schuldet ihr daher den Mindestlohn von 8,50 Euro pro Stunde. Für die gesamte Beschäftigungszeit hat er also 60.673 Euro zu zahlen. Davon abzuziehen ist die bereits erhaltene Vergütung.

Landesarbeitsgericht München,  
Urteil vom 13. Juni 2016 – 3 Sa 23/16

Personalakten

## EINSICHT OHNE RECHTSANWALT

Beschäftigte haben das Recht, Einsicht in ihre Personalakte zu nehmen und einen Betriebsrat hinzuzuziehen. Ein Anspruch auf Hinzuziehung eines Rechtsanwaltes besteht aber nicht. Das hat das Bundesarbeitsgericht (BAG) entschieden. Nach einer Ermahnung wollte ein Arbeitnehmer gemeinsam mit einem Anwalt die Personalakte einsehen. Der Arbeitgeber lehnte das ab, gestattete aber, Kopien zu ziehen. Die dagegen gerichtete Klage des Arbeitnehmers wurde vom BAG zurückgewiesen.

Bundesarbeitsgericht,  
Urteil vom 12. Juli 2016 - 9 AZR 791/14

Heimarbeit

## SPÄTERE BEFRISTUNG ERLAUBT

Ein Arbeitsvertrag kann ohne Vorliegen eines sachlichen Grundes auf bis zu zwei Jahren befristet werden. Das ist aber nicht zulässig, wenn mit demselben Arbeitgeber bereits zuvor ein befristetes oder unbefristetes Arbeitsverhältnis bestanden hat. Ein Heimarbeitsverhältnis ist jedoch kein Arbeitsverhältnis im Sinne des Befristungsgesetzes, sodass es einer grundlosen Befristung nicht im Wege steht.

Bundesarbeitsgericht,  
Urteil vom 24. August 2016 - 7 AZR 342/14

Fristlose Kündigung

## MORDDROHUNG IST NICHT HINZUNEHMEN

Bedroht ein Arbeitnehmer seinen Vorgesetzten massiv, kann dies eine fristlose Kündigung rechtfertigen. Das ist der Fall, wenn der Arbeitnehmer in einem Telefonat seinen Chef mit den Worten bedroht „ich steche dich ab“. Eine so schwere Pflichtverletzung macht eine vorherige Abmahnung entbehrlich.

Arbeitsgericht Düsseldorf,  
Urteil vom 15. August 2016 - 7 Ca 415/15

Kündigung

## NUR BEI GEWICHTIGEM GRUND

Bestellt ein Arbeitnehmer in der Betriebskantine bei einer aus Kamerun stammenden Mitarbeiterin statt eines Schokokusses einen „Negerkuss“, so begründet dieses Verhalten weder eine ordentliche noch eine fristlose Kündigung. Eine Abmahnung wäre angemessen. Das gilt vor allem, wenn der Arbeitnehmer zehn Jahre ohne Beanstandungen gearbeitet hat.

Arbeitsgericht Frankfurt am Main,  
Urteil vom 13. Juli 2016 - 15 Ca 1744/16

Betriebsrente

## KÜRZUNG KANN ZULÄSSIG SEIN

Eine Pensionsordnung kann eine Kürzung der Witwenrente bei einem großen Altersunterschied zwischen den Ehepartnern vorsehen. Dies stellt zwar eine Benachteiligung wegen des Alters dar. Diese Benachteiligung ist aber gerechtfertigt, wenn sie zu einer verlässlichen Kalkulation führt und im Interesse aller ArbeitnehmerInnen und zukünftiger BetriebsrentnerInnen liegt.

Arbeitsgericht Köln,  
Urteil vom 20. Juli 2016 - 7 Ca 6880/15